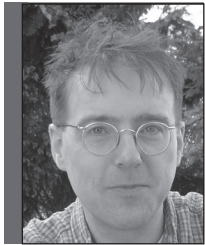


münchenedirekt

Informationen für mündige Bürger

Liebe Münchnerinnen,
liebe Münchner,



Sie halten die erste Ausgabe unseres Informationsblattes „münchen direkt“ in Händen, das künftig regelmäßig über die Arbeit der Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) im Münchner Rathaus informieren wird.

Das ist zugegebenermaßen nur ein Tropfen auf den heißen Stein – angesichts der Übermacht der etablierten Zeitungen und Lokalsender kann die BIA mit ihren bescheidenen Mitteln nur Nadelstiche am gleichgeschalteten Medien-Einerlei anbringen.

Aber: eine ernstzunehmende inländerfreundliche Opposition im Münchner Stadtrat hat es viele Jahre lang nicht mehr gegeben. Durch den Einzug der BIA ins Münchner Rathaus im März 2008 ist die Vertretung einheimischer Bürgerinteressen gegen den rot-grünen Mehrheitsfanz, gegen Multikulti und gegen den Ausverkauf unserer Münchner Identität einen guten Schritt vorangekommen. Das ist ein hervorragendes Fundament, auf dem wir in den nächsten Jahren aufbauen werden.

Liebe Münchnerinnen und Münchner, ich bin auch *Ihr* Stadtrat. Wenn Sie ein Anliegen haben oder mich auf Mißstände in unserer Stadt hinweisen möchten, nehmen Sie Kontakt zu mir auf. Ich bin im März 2008 nicht gewählt worden, um sechs Jahre lang im Rathaus Däumchen zu drehen. Dafür stehe ich bei Ihnen im Wort.

Herzlichst
Ihr
Karl Richter
Stadtrat und BIA-Vorsitzender

Sie wollen mehr von uns? Können Sie haben:

- Ich möchte „München direkt“ regelmäßig bekommen
- Ich möchte weiteres Informationsmaterial
- Ich möchte Mitglied werden

Coupon einsenden an: BIA im Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Was tut die BIA im Rathaus?

Eine ganze Menge – auch wenn die Medien nichts berichten

Seit Mai 2008 bereichert die Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) den Münchner Stadtrat. Sie vertritt dort als einzige radikal inländerfreundliche Gruppierung die Interessen der einheimischen Münchner Bürgerinnen und Bürger gegen eine Allparteien-Rathausmehrheit, die sich in allen wichtigen politischen Fragen vollkommen einig ist.

Die Bürgerinitiative Ausländerstopp ist vom ersten Tag der neuen Rathaus-Legislaturperiode an politisch in die Offensive gegangen und brachte mittlerweile über dreißig Anträge und Anfragen in den Geschäftsgang ein. Und die Rathaus-Debatten, in denen sich BIA-Stadtrat Karl Richter regelmäßig zu Wort meldet, können von interessierten Bürgerinnen und Bürgern „live“ mitverfolgt werden.

Ein dreiviertel Jahr nach dem Einzug der BIA ins Mün-



ner Rathaus steht fest: die einzige inländerfreundliche Opposition im Stadtrat der bayerischen Landeshauptstadt betreibt dort weder dumpfbäckige Ausländerfeindlichkeit noch faktenferne Demagogie, sondern engagierte Sachpolitik (siehe Übersicht auf Seite 2 und 4). Und das, obwohl die rot-grüne Rathausverwaltung alles versucht, um der Ein-Mann-Opposition das Leben schwer zu machen. So wurde gleich nach Eröffnung der neuen Rathaus-Legislaturperiode flugs die Geschäftsordnung geändert, um „Einzelkämpfern“ im Münchner Stadtrat ein Büro im Rathaus zu ver-

weigern und ihnen die Mitarbeiter-Pauschale um die Hälfte zu reduzieren.

Juristisch werden solche Mätzchen, die an die Ausgrenzung unliebsamer Oppositionsgruppen in der früheren DDR oder in Schwarzafrika erinnern, keinen Bestand haben. Die BIA hat gegen ihre Benachteiligung im Rathaus inzwischen Klage beim Münchner Verwaltungsgericht eingereicht. Bis die Klage Erfolg hat und auch BIA-Stadtrat Karl Richter in seinem Büro im Rathaus ratsuchende Münchner Bürgerinnen und Bürger empfangen kann, wird zwar noch ein

wenig Wasser die Isar hinunterfließen. Doch am Ende, soviel steht ebenfalls fest, werden der Münchner OB und seine rot-grünen Spießgesellen die BIA nicht mundtot machen können.

**Deshalb:
Unterstützen Sie uns, informieren Sie sich über uns. Und nehmen Sie Kontakt mit uns auf. Es lohnt sich – für unser München!**

Moschee-Kampf am Gotzinger Platz

Plötzlich ist Geld da – jetzt geht es in die nächste Runde

Mehr dazu auf Seite 2

Ausgabe 1 / 2009

Wenn Mehmet nur Bahnhof versteht

Auch an Münchner Schulen: PISA-Desaster durch Multikulti

Die neue Pisa Studie förderte erneut alarmierende Ergebnisse zutage: Nicht nur, daß das „Land der Dichter und Denker“ im Schul- und Bildungsbereich nur noch im Mittelfeld dümpelt. Jetzt

hat auch noch das vielgerühmte Bildungsmusterland Bayern seinen Spitzenplatz in Deutschland an Sachsen verloren.

Dies ist freilich kaum verwunderlich. Abgesehen von den von der

CSU „hausgemachten“ Schulproblemen – wie Unterrichtsausfall durch Lehrermangel (dieser wiederum verursacht durch chronische Unterfinanzierung) – sind schlechte PISA-Ergebnisse in ganz Deutschland in erster Linie auf einen hohen Anteil an „Migrantenkindern“ zurückzuführen, bei denen es oft an Deutschkenntnissen fehlt.

Daß Sachsen mit seinem deutlich niedrigeren Ausländeranteil hier besser abschneidet, ist nur logisch. Sind schlechte PISA-Ergebnisse also nur ein Migrantenproblem und eine verzerrte Statistik, die uns nicht weiter zu beunruhigen braucht? Weit gefehlt! In häufig viel zu großen Klassen, in denen in München teilweise bis zu 80 Prozent Migrantenkinder oft genug mit der deutschen Sprache Probleme haben, gerät das Lernen auch für die verbleibenden deutschen Kinder zur fast unlösbaren Aufgabe. Und

weil sich das Klassenniveau zwangsläufig nach den schwächsten Schülern richtet, rutscht die Qualität des Unterrichts ins Bodenlose.

Gerade Hauptschulen werden so zu Restschulen, die ihre Aufgabe, die Schüler fit für die Berufswelt zu machen, kaum mehr erfüllen können. Kaum ausbildungsfähige Jugendliche, die von der Wirtschaft immer wieder beklagt werden, sind die Folge.

Hier wächst eine neue Unterschicht heran, die nicht nur auf Jahrzehnte hinaus die Sozialkassen belasten, sondern auch für soziale Probleme aller Art sorgen wird. Und: das Desaster ist komplett, wenn man bedenkt, daß inzwischen sogar deutsche Schüler (ohne „Migrationshintergrund“) ihre deutsche Muttersprache verlernen und sich radebrechend auf „Türksprech“ verständigen.



Damit muß Schluß sein! Deshalb fordern wir:

- Kleinere Klassen und deutlich mehr Lehrer;
- Nach Nationalität getrennte Klassen für Deutsche und Migrantenkinder (dazu stellte die BIA im Münchner Rathaus im Oktober 2008 einen formellen Antrag). Getrennte Schulklassen wären zu beider Vorteil: Ausländerkinder können so die deutsche Sprache auf gleichem Niveau erlernen, um sich so besser in ihrer Umwelt zurechtzufinden, und können

dennoch ihre Kultur bewahren, was später zu einer leichteren Rückkehr in ihre Heimatländer beiträgt. Die deutschen Kinder können dafür schneller und effektiver lernen – ohne Behinderung durch der deutschen Sprache kaum mächtige Klassenkameraden. Mit einer solchen Politik würden sich auch die PISA Ergebnisse schnell wieder verbessern.

Diese Forderungen haben eine Stimme im Münchner Rathaus: BIA-Stadtrat Karl Richter

„Ich beantrage...“

Einige der Anträge, die BIA-Stadtrat Karl Richter bisher im Münchner Rathaus einbrachte:

- „Schmierfinken das Leben schwermachen – ‚Graffiti‘-Kriminalität wirksam bekämpfen!“

- „Kriminalität transparent machen – München braucht einen amtlichen Kriminalitätsatlas!“

- „Müll gehört in den Mülleimer – München endlich sauberer machen!“

- „Mehr Demokratie wagen – Ja zum

Münchner Bürger-Sachverständigenrat!“

- „Kostenlose Mittagsnahrung für alle Münchner Schulkinder – keine Benachteiligung von Hartz-IV-Kindern!“

- „Schluß mit der Vermarktung des öffentlichen Raumes – Großplakate und Werbeflächen im Stadtbild einschränken!“

Der Wortlaut aller BIA-Anträge ist im Internet im Rathaus-Informationssystem einsehbar: http://www.ris-muenchen.de/RII/RII/ris_startseite.jsp

Der Kampf gegen Moscheebau und Islamisierung geht weiter!

Nach dem vorübergehenden Aus für die Sendlinger Moscheebaupläne sieht es nun so aus, als hätten die Bauträger – in erster Linie der türkische Moscheebauverein DITIB – das fehlende Geld für die Großmoschee doch zusammen. Als Geldgeber, die die auf rund 14 Millionen Euro veranschlagten Baukosten übernehmen, sind Großspender aus einem arabischen Land im Gespräch.

So oder so – für die Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) bedeutet das, daß der Kampf gegen Großmoschee und Islamisierung jetzt in die nächste Runde geht.

Die BIA wird den Widerstand der Münchner Bürgerinnen und Bürger gegen die DITIB-Wahnsinnspläne auf Bezirksversammlungen und erst recht im Münchner Rathaus vehement unterstützen! Damit steht BIA-Stadtrat Karl Richter im Kreis der Münchner Altparteien – einschließlich der angeblich „christ“sozialen CSU – völlig allein.

Deshalb: Ihre einzige Stimme gegen die Islamisierung – Bürgerinitiative Ausländerstopp!

Döner statt Leberkäs?

Ist doch völlig klar: München muß eine deutsche Stadt bleiben!

Der bayerischen Landeshauptstadt stehen düstere Zeiten bevor. Schon jetzt erleben wir tagtäglich die Nebenwirkungen der „multikulturellen Gesellschaft“.

Die Masseneinwanderung wird dem deutschen Steuerzahler aufgeschultert, steigert gerade in München die Wohnungsnot und überlastet die Sozialbürgerhäuser. Einheimische Schüler stecken in der Misere und stehen häufig bildungsunwilligen Ausländerkindern gegenüber, die in der Lage sind, einen ganzen Klassenverband beim Erreichen des Lernziels zu lähmen.

Im Bereich der Gewaltstraftaten ist nahezu jeder zweite Tatverdächtige ein Ausländer. Nichtsdestotrotz setzt die rosa-rot-grüne Stadtführung unter Oberbürgermeister Christian Ude ihre Minderheitenpolitik fort und präsentiert sich unentwegt als Sachwalter von Ausländern und Paßdeutschen. Schon jetzt hat mehr als jeder dritte Einwohner Münchens einen „Migrationshintergrund“,

und wie das Statistische Amt Ende 2008 mitteilte, sind bereits über die Hälfte der Kinder unter 10 Jahren nichtdeutscher Herkunft.

Für die Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) und unsere Wählerschaft sind solche Hiobsbotschaften eine schallende Ohrfeige! Wir fordern schon lange, dem Zuzug von noch mehr Einwanderern endlich einen Riegel vorzuschieben und kriminelle Ausländer rigoros abzuschieben.

Doch die Zuwanderung bringt auch noch andere Folgeprobleme mit sich, die beendet gehören. Wie der Vorsitzende des Ausländerbeirats, Cumali Naz, im „Fürstenfeldbrucker Tagblatt“ vom 12. Dezember 2008 prognostizierte, wird die Paßvergabe an Ausländer in den nächsten Jahren innerhalb des Stadtgebiets weiter zunehmen. Unser Personalausweis ist demzufolge nicht mehr das Papier wert, auf dem er gedruckt wurde – denn Deutscher kann nach unserem Verständnis nur sein, wer auch Deutsche als Eltern hat. Wegen

dieser liberalen und menschenfeindlichen Vergabepraxis droht unserer Stadt der Ausverkauf ihrer abendländischen Identität. Die Kirche weicht der Moschee, der Leberkäse dem Döner. Das müssen wir verhindern, denn ansonsten wird die politische Zielgerade der herrschenden Politiker in einen multiethnischen Staat führen.

Fragwürdige „Bereicherung“

Nur ein kurzer Blick in die Innenstadt genügt, um zu sehen, was das bedeutet. Schon heute sind viele Ladengeschäfte in fremder Hand. Ein Blick auf die Außenwerbung des „Hotel Goethe“ in der gleichnamigen Straße ist ein Paradebeispiel, wie weit der Wahnsinn schon geht – dort prangt ein türkischer Halbmond im Hotelnamen. Aber auch darüber hinaus läßt sich eine besorgniserregende Entwicklung feststellen. Ausländer eröffnen überall Bazare, Teestuben, Banken, Internetcafés oder Gemüseläden. Es entwickelt sich eine Parallelgesellschaft, die uns zu

Fremden im eigenen Land machen wird.

Das alles hat nichts mehr mit einer vernünftigen „Integration“ Fremder zu tun, sondern wird am Ende zu einer Verdrängung der letzten „echten“ Münchnerinnen und Münchner aus ihrer Heimatstadt führen.

Das, was uns die rot-grüne Stadtführung immer wieder als „kulturelle Bereicherung“ zu verkaufen versucht, ist in Wahrheit Überfremdung. München braucht weder einen „Ausländerbeirat“ noch eine „Stelle für interkulturelle Arbeit“ oder eine „Antidiskriminierungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund“.

S tattedessen benötigen wir: Jugendzentren für den langsam, aber sicher in die Minderheit geratenen echten Münchner Nachwuchs und fordern eine Trennung von Schulklassen nach Muttersprache. Der einheimische Mittelstand darf nicht von ausländischer Billiglohnkonkurrenz an die Wand gedrückt oder Senioren

von respektlosen Ausländern diskriminiert, zusammengeschlagen und ausgeraubt werden.

Die Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) ist in München die einzige politische Opposition, die den Multi-Kulti-Fetischisten im Rathaus ernsthaft und aus Überzeugung die

Stirn bietet. Unser Stadtrat Karl Richter kämpft im Münchner Rathaus allein gegen alle, um unsere Interessen zu wahren. Wir werden die kommenden Jahre nutzen, um auf das Treiben der rot-grünen Stadtführung aufmerksam zu machen, denn: München muß eine deutsche Stadt bleiben!



Arme Herero... Was Grünen und Rosa Liste wirklich wichtig ist

Nein, falsch geraten: nicht nur der jährliche „Christopher Street-Day“ und die Alimenterung von immer noch mehr Zuwanderern auf Steuerzahlers Kosten ist der rot-rosa-grünen Rathaus-Allianz wich-

tig. Mindestens ebenso wichtig ist Benker und Co. die politisch korrekte Bewältigung unserer Vergangenheit. Das soll – laut einem Antrag, der schon im Jahr 2003 im Stadtrat eingebracht wurde – zum Beispiel durch Umbenennungen

und ausgetauschte Erklärungsschilder von 29 sogenannten „Kolonialstraßen“ im Münchner Stadtgebiet geschehen. Demnach darf zum Beispiel auf der künftigen Erläuterungstafel zur „Lüderitzstraße“ im Stadtteil Bogenhau-

sen der Hinweis nicht mehr fehlen, daß es in der Lüderitzbucht in der früheren Kolonie Deutsch-Südwestafrika „nach 1904 ein Internierungslager für gefangene Herero und Nama mit unmenschlichen Haftbedingungen“ gab.

Klar – welche anderen Probleme hat München schon? Das Umfälschen der deutschen Vergangenheit in ein einziges Verbrecheralbum scheint Rot-Grün-Rosa wirklich ein Herzensanliegen zu sein. Natürlich stimmte

der städtische Kommunalausschuß dem Antrag zu – im Dezember 2008, nach fünfjähriger Beratung. Ach ja, und ganz billig ist die Umdekoration auch nicht. Sie soll den Münchner Steuerzahler satte 18.000 Euro kosten.

Nachgefragt

Danach erkundigte sich BIA-Stadtrat Karl Richter mit Anfragen im Münchner Rathaus:

■ „Illegale Billiglohn-Konkurrenz auf dem Münchner Pflege-Markt?“

■ „Wie leben Münchner Schüler mit dem G8?“

■ „'Gender mainstreaming' als Zielvorgabe der Münchner Stadtpolitik?“

■ „Wie effizient sind 'Integrationskurse' in München – und wie kostspielig?“

■ „'Interkulturelle Öffnung' als 'strategisches Ziel' der Münchner Stadtpolitik?“

■ „Katharina von Bora statt Hans Meiser – eine Straßen-Umbenennung als Schildbürgerstreich?“

■ „Wie gesund leben Münchner Kinder?“

■ „Münchner Patienten in der Hand von Kapitalgesellschaften?“

■ „Klarheit über die politisch motivierte Kriminalität in München – wer sind die wirklichen Polit-Kriminellen?“

... und so weiter, und so fort. Der volle Wortlaut der BIA-Anfragen im Münchner Stadtrat, die Antworten darauf sowie weitere Anfragen sind im Internet nachzulesen unter: http://www.ris-muenchen.de/RII/RII/ris_startseite.jsp

Schleifen des Absurden

Oder: Wofür immer Geld da ist...

Wenn es darum geht, die Münchner mit immer neuen Gedenk-Abstrusitäten zu belästigen, ist offenbar auch in klammen Zeiten immer Geld da.

Jüngstes Beispiel: das Projekt „Schleifen über der Stadt – Memory Loops“ der „Künstlerin“ Michaela Melián. Das dubiose Projekt ging aus einem von der Stadt veranstalteten Wettbewerb hervor, bei dem „neue Formen des Erinnerns und Gedenkens“ (natürlich an das Dritte Reich, woran sonst?) gefunden werden sollten. Jetzt einigte sich der Kulturausschuß der Stadt auf die „Memory Loops“ der Frau Melián, die ihr Projekt vorstellte. Demnach werden interessierte Münchner nach Fertigstellung der „Memory Loops“ über kostenlose 0800-Telefonnummern die im Rahmen des Projekts zusammengetragenen und verfremdeten (!) „Audioloops“ abrufen können. „So legt sich dieses Denkmal buchstäblich und virtuell über der Stadt.“ (sic).

Schön und gut. Für ein virtuelles Denkmal sind 350.000 Euro allerdings ganz schön happig. So viel nämlich wird sich die Stadt München Frau Meliáns „Loops“ kosten lassen. Und alles nur, damit man sich künftig per Handy verfremdete Stimmen reinziehen kann. Wenn das kein Fall für den Psychiater ist...

Schluß mit dem Miet-Horror!

Hohe Mietpreise sind kein Naturgesetz – was zu tun ist

Nähezu jeder Münchner Bürger spürt es am eigenen Leib: Nirgendwo in ganz Deutschland sind die Wohnungsmieten so horrend teuer wie ausgerechnet in unserer Heimatstadt München. Wer als Kleinverdiener, Rentner oder Arbeitsloser, ja selbst als gutverdienender Mittelständler schon einmal in München eine Wohnung gesucht hat, weiß es: Erschwinglicher Wohnraum ist in München kaum zu finden. Und wer eine Sozialwohnung beantragt, den schocken oft lange Wartezeiten.

Auf dem normalen Wohnungsmarkt treiben Makler ihr Unwesen, die zu den ohnehin schon über-tauerten Wohnungen noch hohe Provisionen abkassieren, die bei der Neuanschaffung einer Wohnung als zusätzliche Kosten zu Buche schlagen.

Inzwischen ist es schon so, daß viele alteingesessene Münchner Bürger ihre Heimatstadt verlassen müssen, weil sie sich Wohnen in München schlichtweg nicht mehr leisten können. So kann, so darf es nicht weitergehen! Aber was ist zu tun, um der Münchener Mietmisere endlich ein Ende zu machen?

Zunächst gilt der marktwirtschaftliche Grundsatz, daß Mangelware teuer ist, während ein steigendes Angebot tendenziell den Preis senkt. In Mün-

chen herrscht ein akuter Mangel an preiswertem Wohnraum. Dieser Mangel ist folglich schleunigst zu beheben. Dazu muß ab sofort großzügig Bauland ausgewiesen werden. Flächen wären dafür durchaus vorhanden. Allerdings ist dabei darauf zu achten, daß nicht – wie so oft – nur Büroräume und teure Eigentumswohnungen entstehen; hier ist bereits ein Überangebot vorhanden. Deshalb bedarf es dringend einer Kommerz-Sozial-Kopplung im Wohnungsbau:

Baugenehmigungen für größere Büro- und Eigentumswohnungs-komplexe dürfen nur noch erteilt werden, wenn der Bauherr sich verpflichtet, anteilig auch Sozialwohnungen und günstige Mietwohnungen zu bauen – also die Wohnungen, an denen Mangel herrscht. Zudem ist von Seiten der Stadt München ein großangelegtes Sozialwohnungsprogramm aufzulegen, um die Wartezeiten bei der Sozialwohnungsvergabe endlich spürbar zu verkürzen.

Entlastung ist möglich

Als positiver Nebeneffekt drückt ein höheres Angebot dieser Wohnungen auch deutlich die Preise auf dem freien Mietermarkt, da jeder Sozialwohnungsbezieher die Nachfrage nach Wohnraum auf dem freien Markt senkt und damit



zwangsläufig die Preise fallen.

Mit einem solchen Angebot könnten auch viele Kleinverdiener in den Kreis der Berechtigten aufgenommen werden, die bisher die Einkommensgrenze überschritten haben, aber trotzdem die Preise für angemessenen Wohnraum auf dem freien Markt nicht bezahlen können.

Ferner sollten Mieterhöhungen auf dem freien Markt durch eine konsequente Mietpreisbindung strikt begrenzt werden. Mietpreise für diese Mieter können nach dem Einkommen angemessen gestaffelt werden.

Geld für diese Maßnahmen wäre in München zweifelsohne vorhanden, würde der Stadtrat die vielen unsinnigen Geld-

verschwendungen der Landeshauptstadt endlich stoppen.

Die größte Entlastung für den Münchner Mietwohnungsmarkt wäre jedoch eine schrittweise Rückführung der mittlerweile nach hunderttausenden zählenden, vor allem nichteuropäischen Ausländer in ihre Heimat. Ein Einstieg wäre schon gemacht, wenn zumindest kriminelle Ausländer konsequent abgeschoben und Sozialwohnungen nicht mehr bevorzugt an Fremde vergeben würden. Schon dadurch würden so viele Wohnungen frei werden, daß die Mietpreise von allein auf ein normales Niveau sinken würden.

Alle diese Forderungen haben eine Stimme im Münchner Rathaus: BIA-Stadtrat Karl Richter.

Impressum

Herausgeber: Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA), Marienplatz 8, Rathaus, 80331 München
V.i.S.d.P.: Karl Richter, Ehrenamtlicher Stadtrat
Redaktion: K. Richter, B.-Chr. Balbin, Ph. Hasselbach
Druck: Eigendruck im Selbstverlag